

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1991 bis 1999 Band 6

Der Werteverfall in der "vereinten" Bundesrepublik Deutschland

Band 6/112: 07.12.1995 – 28.02.1996

07.12.1995

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. Dezember 1995: >>Sklaven-Nachfahren abgeblitzt

... Die Klage mehrerer schwarzer US-Bürger auf Schadenersatz für die Zeit der Sklaverei ist gescheitert. Ein Berufungsgericht in San Francisco (Kalifornien) kam zu dem Ergebnis, daß es nicht Sache der Justiz, sondern des Washingtoner Kongresses sei, über mögliche Entschädigungen zu entscheiden. Die Sklaverei in den USA war 1865 abgeschafft worden.

Die Kläger hatten von der US-Regierung 100 Millionen Dollar Entschädigung für das von ihren Vorfahren erlittene Unrecht verlangt. Sie forderten außerdem eine öffentliche Entschuldigung.

Das dreiköpfige Richterergremium in San Francisco nannte in einer schriftlichen Erklärung Sklaverei unentschuldigbar. "Aber die gesetzgebende Institution ist der angemessene Ansprechpartner für die Beschwerden der Kläger", hieß es in der Begründung. ...

Bundesstaatsanwältin Mary Beth Uitti als Vertreterin der US-Regierung verurteilte die Sklavenhaltung als "böse, moralisch falsch und verabscheuungswürdig". Aber es liege nicht in der Hand der Justiz, über die Frage der Entschädigung zu entscheiden.<<

11.12.1995

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Focus" (50/1995) berichtet am 11. Dezember 1995 über ein Gespräch mit dem umstrittenen deutschen Historiker Ernst Nolte (1923-2016, löste 1986 den sog. "Historikerstreit" aus, seitdem führte jedes Nolte-Buch zu Eklats und Protesten): >>... Sagen Sie mal, Ernst Nolte ... WIE LEBT ES SICH ALS GEÄCHTETER?

Nolte: Eine gewisse Einsamkeit ist notwendig für einen Menschen, der viel arbeitet und dessen Arbeiten sich nicht ganz im Kontext von zunftgemäßen Fragen bewegt, und sie wird durch diesen Zustand höchstens noch vertieft. Also ich lebe so, wie ich leben möchte, nämlich arbeitend.

FOCUS: Mit anderen Worten: Das Ergebnis des Wirbels, den Sie verursacht haben, ist die angenehme Ruhe des Parias?

Nolte: Von einer völligen Ächtung kann ja keine Rede sein. Der schweizerische Rundfunk hat unlängst ein langes Interview mit mir im ersten Programm gesendet; ich hatte vor kurzem Gespräche mit "L" Espresso" aus Mailand und dem "NRC Handelsblatt" aus Amsterdam; in Bälde wird ein langes Interview in einer Mailänder Kulturzeitschrift erscheinen. Ich bin im Ausland – zumal in Italien – bei weitem nicht so "geächtet" wie in Deutschland.

FOCUS: Eine Reihe linker bis linksliberaler italienischer Professoren und Universitätsdozenten hat im Sommer 1995 einen Appell für die Freiheit der Wissenschaft veröffentlicht und dabei den Fall Nolte als Beispiel für eine "Tendenz" angeführt, die "Redefreiheit, Pressefreiheit und Freiheit der Kultur" bedrohe. Sind Sie enttäuscht, weil von deutschen Fachkollegen bislang nichts dergleichen zu hören war?

Nolte: Das Merkwürdige ist, daß diese Linken die grundlegende Maxime der liberalen Gesellschaft, die der Meinungsfreiheit, besser verteidigen als die sozusagen professionellen Liberalen. Ich fand es in der Tat betrüblich, daß zwei angesehene deutsche wissenschaftliche Zeitschriften es abgelehnt haben, die – wenn man so will – gelehrte Version meines "Spiegel-Gesprächs" von 1994 zu drucken, und zwar offenkundig aus Furcht vor zu erwartenden Angriffen.

FOCUS: Den Historikerstreit haben Sie mit der Frage ausgelöst, ob ein "kausaler Nexus" zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus bestünde. Apropos kausaler Nexus: Glauben Sie, daß ein solcher besteht zwischen den Diffamierungen im Gefolge des Historikerstreits 1986/87 und dem anschließenden Brandanschlag auf Ihr Auto; zwischen den Denunziationen nach Erscheinen Ihres Buches "Streitpunkte" 1993 – so hat Margarita Mathiopoulos behauptet, Sie hätten die Solingen-Attentäter im Gefängnis besucht – und dem wenig später folgenden Überfall auf Sie in Berlin?

Nolte: Ein direkter Zusammenhang nicht. Im übrigen würde ich das Jahr 1986 noch gar nicht durch den Begriff Diffamierung kennzeichnen – das fing erst 1987/88 an, als, wenn ich so sagen darf, das zweite Glied in Aktion trat, all diese Leute, die da ihre kleinen Bücher und Artikel schrieben.

Diejenigen, die den Brandanschlag auf mein Auto verübten, müssen irgendwoher von dieser öffentlichen Kontroverse erfahren haben. Es gab ja einen recht eindeutigen Bekennerbrief. Das gleiche gilt für diesen Tränengas-Sprayanschlag. Irgendwann hat sich unter den, wie sie sich nennen, Antifaschisten die Meinung festgesetzt, daß ich nicht nur falsche Ansichten habe, sondern ein böser Faschist bin. Und da solche Dinge, wenn sie sich herumsprechen, immer gröber und eindeutiger werden, haben diese Leute in Berlin-Mitte sich durch die Ankündigung, ich würde einen Vortrag halten, offenbar herausgefordert gefühlt. Ich möchte da aber nur einen Kausalzusammenhang im abstraktesten Sinne annehmen.

FOCUS: Ein Faschist sind Sie ja offenbar nicht, aber irgendwie böse ...

Nolte: (lacht): Ja, böse ...

FOCUS: ... mitleidlos, skandalös unterkühlt.

Nolte: Es ist sicherlich nicht ganz falsch, daß angesichts solcher grausamen Ereignisse, wie sie teilweise mein Thema sind, wissenschaftliche Kühle etwas Herausforderndes und Negatives hat. Man übersieht dabei, daß diese meine Kühle nicht die des Mikroskop-Forschers ist, sondern es ist die Kühle des Mannes, der eben doch ein bißchen mehr weiß als die große Menge dieser Betroffenen und Empörten.

Nämlich beispielsweise, daß der Vorwurf entsetzlicher Verbrechen, wie er heute mit Recht gegen die Nationalsozialisten vorgebracht wird, nicht einzigartig ist, sondern auch in den 20er Jahren vorgebracht wurde – nur von anderen Menschen gegen eine andere Macht. Natürlich habe ich diese Literatur gelesen, so wie Hitler sie auch gelesen hat, und ich bin geradezu verpflichtet, dem nachzugehen, was sich in seinem Kopf abgespielt hat.

FOCUS: Sie meinen, weil die Vorstellungen in Hitlers Kopf für die Wirklichkeit letztlich entscheidender waren als die Wirklichkeitswahrnehmung in Tausenden normalen Köpfen?

Nolte: Ja sicher. Dieser kausale Zusammenhang zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus ist natürlich auf den ersten Blick kein anderer als der im Kopfe Hitlers und anderer Nationalsozialisten. Die Art und Weise, wie Hitler die Nachrichten über die russische Revolution aufgenommen hat, ist meines Erachtens so gravierend, daß man das gar nicht übersehen kann, zumal ihm noch in seiner spätesten Zeit dieselben Äußerungen über die Lippen kamen. Manche meinen, daß es kausale Zusammenhänge nur zwischen Dingen gibt, aber im praktischen Leben sind fast alle Zusammenhänge durch den Kopf vermittelt.

FOCUS: In der deutschen Öffentlichkeit dominiert die Meinung, daß jeder Vergleich bezüglich des Dritten Reichs automatisch eine Verharmlosung nach sich zöge wie der Blitz den

Donner. Leuchtet Ihnen dieser Nexus ein?

Nolte: In Gestalt des von mir sogenannten negativen Nationalismus ist ja so etwas wie eine neue Religion entstanden, die viele Leute einfach brauchen. Man möchte irgendwo ein absolutes Böses haben, um es mit völlig gutem Gewissen bekämpfen zu können und sich gleichzeitig auf der Seite des absolut Guten zu wähnen. Darüber, daß man solche Vorgänge, wie sie durch den Namen Auschwitz abgekürzt bezeichnet werden, als etwas ganz Entsetzliches betrachtet, muß nicht erst diskutiert werden, aber sie sind nach meiner Ansicht immer noch nicht das absolute Böse und können auch nicht aus dem geschichtlichen Kontext herausgelöst beurteilt werden. Aber da verteidigen diese "neuen Religiösen" sozusagen ihren Glauben. Und wer einen Glauben verteidigt, wird oft fanatisch.

FOCUS: Das gilt natürlich nicht für Sie.

Nolte: Ich habe eben keinen politischen Glauben, und deshalb bin ich auch kein politischer Fanatiker.

FOCUS: Bei der Lektüre Ihrer Bücher kann man durchaus den Eindruck gewinnen, daß Sie, über Ihre Thesen hinaus, den Leser zusätzlich durch Euphemismen provozieren wollen. Falsch?

Nolte: So formuliert halte ich es für mindestens übertrieben. Ich bin durch meine philosophische Herkunft mitbestimmt, so daß man mir, wohl mehr als bei den meisten anderen Historikern, die Ehre antun müßte, meine Sätze sorgfältig zu lesen, zu wägen und in den Zusammenhang zu stellen, aber diese Art Lektüre ist mir leider selten zuteil geworden. Wenn man meine Aussagen vergrößert, bedingende Vor- und erklärende Nachsätze ausläßt, kann man mich sehr leicht uminterpretieren. Diese Art des Umgangs mit mir bin ich gewöhnt, und ich habe fast schon die Hoffnung verloren, daß ich das noch zurechtrücken könnte.

FOCUS: Ihre Texte sind durchsetzt vom Wort "aber". "Die Aber", sagt die Gräfin Orsina in Lessings "Emilia Galotti", "kosten Überlegung."

Nolte: Richtig. Manche nennen das ja Dialektik. Es bedeutet, daß viele Aussagen für sich allein nicht vollständig sind; es muß noch etwas hinzugefügt werden.

FOCUS: Wenn Sie, wie Sie sagen, kein politischer Fanatismus leitet, dann könnten Sie also die Grünen wählen und trotzdem dieselbe Geschichtsphilosophie vertreten?

Nolte: Im Prinzip ja, und ich wurde ja vor 30 Jahren im allgemeinen den Linken zugerechnet. Ich hätte trotzdem Bedenken, weil sich in dieser Partei besonders viele und hartnäckige Vertreter der erwähnten quasireligiösen These befinden, an deren Seite ich mich schlecht stellen kann. Deshalb habe ich ja die Existenz einer radikalen Rechtspartei gefordert, und das hat natürlich besonders viel Zorn erregt, obwohl man sich eigentlich sagen müßte: Entweder bejaht man das pluralistische System – dann muß man auch bejahen, daß es nicht nur eine Linke, sondern auch eine Rechte gibt -, oder man bejaht es nicht.

FOCUS: Diese Partei wäre für Sie ein Pendant zu den Grünen?

Nolte: Nein. Früher habe ich gedacht, das Grün wäre nur die Tarnfarbe. Die radikale – nicht extreme, ich mache da einen großen Unterschied – linke Partei existiert in Form der PDS. Sie existiert nicht nur, sondern ist faktisch auch anerkannt, und das halte ich für richtig. Aber dann muß es eben auch ein Gegengewicht geben, das nicht nur existiert, sondern ebenfalls anerkannt ist.

FOCUS: Sie haben mit einer Bemerkung Entrüstung ausgelöst, die der Geschichtspublizist Sebastian Haffner schon 17 Jahre vor Ihnen machte, nämlich: Man könne Hitlers Krieg auch tendenziell als europäischen Einigungskrieg betrachten.

Heute ist eine europäische Einigung unter entschieden freundlicheren Bedingungen möglich. Hält es der Geschichtsdenkler für wünschenswert, daß Europa, nachdem es 50 Jahre – auch als Folge des Hitler-Fiaskos – von außen dominiert wurde, wieder eine selbständige, offensive Rolle in der Weltpolitik spielt?

Nolte: In diesem Punkt habe ich immer etwas mit den französischen Linken sympathisiert, die gar nicht so sehr im Politischen, sondern im Kulturellen antiamerikanisch sind. Wenn Europa, von wo die Menschheitskultur doch zu einem großen Teil ausgegangen ist, zu einem bloßen Satelliten der USA würde – und das sieht auf vielen Gebieten ja so aus –, wäre das beklagenswert. Es muß ja nicht gleich Abkopplung sein, aber ein sowohl militärisch als auch geistig selbstbewußteres und unabhängigeres Europa halte ich für wünschbar.

FOCUS: Mit universellem Anspruch?

Nolte: Nein, das gerade nicht. Das ist von Hitler mit einer solchen Intensität und Übertreibung betrieben worden, dahin können und sollten wir nicht zurück. Wir sind hinfort eine unter den Weltkulturen, damit müssen wir es genug sein lassen – aber wir müssen nicht notwendigerweise eine Satellitenkultur sein. Wenn man heute überhaupt den Ausdruck Nationalismus gebrauchen will, kann es nur noch ein defensiver Nationalismus sein, und auch der Europäismus kann meines Erachtens nur noch defensiv sein. Große Missionsideen werden wir nicht mehr entwickeln können, sondern wir müssen sehen, daß wir keine allzu dürftige Rolle in dieser künftigen einen Welt spielen.

FOCUS: Diese eine Welt ist normalerweise ein Schreckgespenst für Konservative. Sie sprechen das große Wort so gelassen aus?

Nolte: Was ich mir in der Tat wünsche, ist, daß unsere Nachfahren nicht völlig aufgehen in dem, was eine Reihe von Denkern Nachgeschichte genannt hat und was Heidegger die Weltzivilisation nannte. Ich glaube aber, daß vorläufig nicht mehr aufrechterhalten werden kann als die Überzeugung, daß auch die Weltzivilisation, so mächtig sie ist, nicht das letzte Wort für die Menschheit sein kann.

FOCUS: Würden Sie bitte zu den folgenden Personen einen Satz sagen: Jürgen Habermas?

Nolte: Er ist auf jeden Fall ein bedeutender Kopf. Gleichzeitig ist er dasjenige, als was er sich auch selbst charakterisiert hat, nämlich ein Produkt der Umerziehung. Insofern halte ich es nicht für Zufall, daß wir beide damals in einen Konflikt geraten sind.

FOCUS: Ernst Jünger.

Nolte: Ich halte ihn für eine der großen repräsentativen Persönlichkeiten dieses Jahrhunderts, und wer dauernd auf dem herumreitet, was er während der 20er Jahre geschrieben hat, erweist sich damit als enger Kopf.

FOCUS: Joschka Fischer.

Nolte: Ich weiß nicht viel von ihm. Wenn ich es recht sehe, ist er wohl ein Beispiel für einen weitverbreiteten Vorgang, nämlich, daß junge Linke zwar nicht alte Rechte, aber im Alter doch sehr viel überlegter und, wenn man so will, vernünftiger werden.

FOCUS: Rudolf Augstein.

Nolte: Wir sind Repräsentanten einer Generation, sogar desselben Jahrgangs; wir haben die entferntesten Wege eingeschlagen und trotzdem eine gewisse innere Nähe und vielleicht sogar versteckte Sympathie nicht verbergen können. Es handelt sich einfach um zwei verwandte Arten von Intellektualität.

FOCUS: War Martin Heidegger auch ein Intellektueller?

Nolte: Nein. Heidegger ist eine andere Qualität. Zu ihm kann ich aufschauen, und ich kann nicht sagen, er repräsentiert etwas ähnliches wie ich.

FOCUS: Marx und Nietzsche dagegen haben Sie als Intellektuelle definiert. Also steht Heidegger in Ihrem Wertekosmos über ihnen?

Nolte: Ich glaube, ja.

FOCUS: Gibt es irgendeinen Autor, den Sie nicht verstanden haben?

Nolte: So paradox es scheint: Das ist kein anderer als Heidegger, über den ich ein Buch geschrieben habe. Bei ihm hatte ich aber immer den Eindruck, ich kann ihn in seinem Verhältnis zu Politik und Geschichte darstellen, und das ist ja der Gegenstand des Buchs, aber auf die

inneren Gründe komme ich nicht. Heidegger ist derjenige, dem gegenüber ich am ehesten so etwas wie Verzweiflung oder ein Gefühl eigener Unfähigkeit empfunden habe. ...<<

Österreich: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (50/1995) berichtet am 11. Dezember 1995: >>Verstörte Seelen

Das Ende der Sonderrolle und der Anschluß an Europa zeigen Wirkung: Viele Österreicher sind verunsichert und suchen neuen Halt. Wird der Rechts-Populist Jörg Haider bei den Wahlen am Sonntag der große Gewinner?

Hom's des gsehn?" wendet sich eine aufgebrachte Dame an Burgtheaterdichter Peter Turrini, als der in die Praterstraße einbiegt. "Zwa Neger!" ruft sie und zeigt mit dem Finger auf die Passanten.

In der Wiener Leopoldstadt wohnten zwischen den Weltkriegen 130.000 Ostjuden, jetzt sind Türken und viele Österreicher mit tschechischen und ungarischen Familiennamen in dem Viertel heimisch. Aber Afrikaner?

Der Dichter versucht, die Dame zu beruhigen: Schwarze gebe es doch heutzutage überall, selbst in deutschen Dörfern ließen sie sich nieder. Die Frau mag ihm nicht glauben: "Nein", sagt sie, "des kann ned sein."

Turrinis Künstlerkollege Kurt Ostbahn kämpft mit ähnlichen Verständigungsschwierigkeiten. Der bacchantische Musiker widmete zuletzt ein ganzes Arbeitsjahr dem Wiener Integrationshaus, das vor allem bosnische Flüchtlingsfamilien betreut. Für rechtsradikale Bombenleger wurde er so zum Inländerfeind Nummer eins, zumal Ostbahn mit bürgerlichem Namen Willi Resetarits heißt und aus einer kroatischen Enklave im Burgenland stammt, dem 1.450 Einwohner zählenden Stinatz.

Im Februar zerfetzte ein Sprengsatz vier Zigeuner in Oberwart, im nahen Stinatz explodierte eine Bombe neben dem Kinderspielplatz. Beim Besuch in der Heimatgemeinde bekam Resetarits bittere Vorwürfe zu hören. "Warum macht ihr so einen Wirbel da oben in Wien", klagten Bekannte über ihn und seine Freunde, "seht's ned, was ihr bei uns anrichtet?"

Viele Österreicher verstehen die Welt nicht mehr. Seit der Eiserne Vorhang gefallen ist, leben sie in einem grotesken Abwehrkampf gegen die Veränderungen und den Verlust der alten Gemütlichkeit. Den Schutz, den ihnen früher die abgeschottete Grenze vor dem unheimlichen Fremden bot, erhoffen sie sich jetzt von einer politischen Wende:

Bis zu 27 Prozent aller Wähler könnten Jörg Haiders rechtspopulistischer Bewegung bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am kommenden Sonntag ihre Stimme geben; mit den zu erwartenden 28 Prozent für die konservative ÖVP kämen 55 Prozent für eine neue rechtsbürgerliche Koalition zusammen.

Für Österreich wäre das eine Zäsur, wohl der größte Einschnitt seit dem Staatsvertrag 1955, der das Land von den Besatzungsmächten befreite und der Alpenrepublik die Souveränität zurückgab.

Ein mächtiger schwarz-blauer Bürgerblock wäre damit geboren, selbst wenn die Sozialdemokraten weiterhin die stimmenstärkste Fraktion bilden sollten. Bei den Wahlen im vergangenen Jahr lag die sozialdemokratische SPÖ noch bei 34,9, die ÖVP bei 27,7 und Jörg Haiders Freiheitliche (kurz: F) bei 22,5 Prozent.

"Diesmal ist alles möglich", sagt ein führender SPÖ-Stratege, "weil keiner der Kanzlerkandidaten wirklich die Mehrzahl der Wähler überzeugt" - weder der amtierende Franz Vranitzky (SPÖ) noch ÖVP-Herausforderer Wolfgang Schüssel oder F-Führer Haider. Wenige Tage vor der Wahl war ein Drittel der Stimmbürger noch unentschlossen.

Unüberhörbar ist nach 25 Jahren sozialdemokratischer Kanzlerschaft der Ruf "Weg mit den Roten". Der alerte Schüssel jedenfalls kennt gegenüber dem "politischen Ziehvater des rechts-extremen Terrorismus", wie Haider nach einem Urteil des Obersten Gerichtshofs genannt werden darf, keine Abgrenzungsprobleme.

Wie ein ehrgeiziger Lehrling kopierte Schüssel im Wahlkampf den rechten Demagogen, moderater zwar im Stil, aber im Inhalt stets verwechselbar. Wie Haider beklagte der ÖVP-Chef Sozialmißbrauch und wettete gegen "Privilegienritter". Zu den Budgetdefiziten, die nicht schlimmer sind als die anderer europäischer Staaten, fiel ihm der Alarmbegriff "Staatsnotstand" ein.

Seine Partei zog beim Rechtsruck widerspruchslos mit, wittert sie doch die Chance, durch eine Verhaiderung endlich wieder den Kanzler stellen zu können. In Österreich habe er "noch nie so deutlich gespürt: Wir sind auf dem Vormarsch", jubelte Helmut Kohl bei seinem Wahlkampfbesuch in der Wiener Hofburg, ganz so, als ob die ÖVP mit deutscher Kanzlerhilfe knapp vor der absoluten Mehrheit stünde.

Dabei hat sich Schüssel, der im Oktober die Große Koalition mit den Sozialdemokraten ohne Not platzen ließ, vermutlich verspekuliert: Er ist angetreten, um die SPÖ zu überholen. Doch in keiner Meinungsumfrage konnte er sich bislang an die Spitze schieben.

Schüssel gelänge es dann nur, mit Hilfe Haiders Kanzler zu werden - und er wird dies wohl auch versuchen. Haider, 45, der in den vergangenen Jahren von Wahl zu Wahl zulegen konnte, steht so vor seinem nächsten Karrieresprung: Er würde zum Kanzlermacher. Seine Anhänger kommen aus allen Schichten, sie sind gleichermaßen jung und alt, wohlhabend und ohne Arbeit, gebildet und ahnungslos. Genüßlich bearbeitet er bei seinen Kundgebungen die Menge, die ihn im Gegenzug auffordert, "jetzt dieses Österreich zu retten".

Ist Haider ein ungewöhnlich geschickter politischer Rattenfänger, der noch in vielen Ländern seine Nachahmer finden wird?

Sicherlich eignet sich der trickreiche Österreicher als Prototyp einer neuen, europaweiten Rechten, die sich auf die millionenfache wirtschaftliche Verunsicherung seit dem Mauerfall stützt.

Professionell schürt er die Ängste vor Veränderung, Modernisierung und Einwanderung. Kein Zufall, daß ihm gerade in Österreich so viele Menschen applaudieren. Kein anderes westliches Land reagierte mit vergleichbarem Unverständnis und demonstrativer Abwehr auf die Öffnung nach Osten. Denn die Donau-Republik profitierte wie kaum ein anderer Staat vom Kalten Krieg.

Gemütlich konnte sich das kleine Alpenland jahrzehntelang im Widerstreit der Systeme einrichten. Ein bisserl Planwirtschaft, ein bisserl Markt beim Handel mit der EU - und das schöne Österreich florierte.

Die "immerwährende Neutralität", wie sie der Staatsvertrag vorsah, wurde zum neuen Glaubensbekenntnis. Nach dem Abzug der Alliierten waren Ausländer beliebt, solange sie den Tourismus ankurbelten; Ostflüchtlinge wurden gern aufgenommen, solange sie sich brav integrierten, oder, besser noch, das Land schnell wieder verließen. Für die ostdeutschen Trabi-Kolonnen 1989 stellten Österreichs Gendarmen fürsorglich große Schilder entlang der Autobahnen auf, um ihnen den kürzesten Weg in die Bundesrepublik zu weisen.

In der Aufschwungs-Idylle mit gut ausgelasteten Hotels fiel niemandem auf, daß sich politische Fehler häuften. 40 Milliarden Schilling, knapp 6 Milliarden Mark, pumpten die Große Koalition und Wiens Gemeinderat in Finanzierungshilfen für Ostgeschäfte mit zweifelhaften Partnern. Jetzt sind uneinklagbare Forderungen etwa für den Bau polnischer Schlachthäuser Wahlkampfmunition der Opposition.

Dabei ist Österreichs Ostengagement nicht zu groß, sondern eher zu bescheiden geraten. In Prag ließen sich mehr als 1.000 transnationale Firmen nieder, in Budapest kaum weniger. Wien aber verliert den Anschluß. Die 54 Kilometer lange Straßenverbindung nach Bratislava etwa, ein altrömischer Handelsweg, führt noch immer einspurig durch das mittelalterliche Wiener Tor von Hainburg. Der Verkehr hat sich in den vergangenen fünf Jahren verzwanzigfacht, doch wer in Österreichs Hauptstadt will, muß warten.

Hundert Kilometer Grenze mit der Slowakei blieben bis vor kurzem Niemandsland, erst dann wurde ein Übergang über die March eingerichtet - und der ist eine Pontonbrücke, da die Österreicher eine Zigeuner-Invasion fürchten.

Längst ist Prag dabei, Wien als Touristenmetropole zu überflügeln. Statt wieder in den Mittelpunkt Europas zu rücken, flüchtet die Mehrheit der Österreicher in eine neue Selbstabschottung. 85.000 Menschen aus Ex-Jugoslawien wurde noch Zutritt gewährt, dann schienen Kriegsgreuel die Hilfsbereitschaft zu überfordern. Die Große Koalition verschärfte Asyl- und Aufenthaltsgesetze und beförderte das Land bei der Integrationspolitik an die letzte Stelle aller westeuropäischen Staaten: Der Zuzug von Ausländern ist unerwünscht, Familienzusammenführung nur im Rahmen scharfer Quoten möglich.

Ausländische Arbeitnehmer finanzieren über ihre Steuern zwar den sozialen Wohnungsbau mit, die begehrten Gemeindewohnungen bleiben ihnen aber versperrt, auch von Mietbeihilfen sind sie ausgeschlossen. Fröhlich nannte Haider den früheren sozialdemokratischen Innenminister Franz Löschnak "meinen besten Mann in der Regierung".

Das Hurra der Österreicher zu Europa - 66,6 Prozent der Wähler bejahten im Juni vergangenen Jahres den EU-Beitritt - galt denn auch weniger der längst fälligen Öffnung des Landes. Die Flucht in die EU schien vielmehr die Chance zu eröffnen, möglichst viel so zu lassen, wie es ist - und neue Dämme zu errichten.

Immerhin beträgt die Arbeitslosenquote nur die Hälfte des EU-Durchschnitts, die Beinahe-Vollbeschäftigung bei Jugendlichen wird mit großzügigen Frühpensionsregelungen teuer erkaufte. Österreich ist das drittreichste EU-Mitglied, die Sozialleistungen sind großzügig: Müttern etwa wird ein zweites Erziehungsjahr bezahlt. Wien zählt zu den intaktesten Großstädten der Erde, das Kulturangebot wird nur von wenigen Metropolen übertroffen.

Doch die EU riß jäh die Türen der ökonomisch "geschützten Werkstätte" (so die Wiener Presse) auf, in der es sich Österreich über die Jahrzehnte so bequem eingerichtet hatte. Für Wirtschaftskundige nicht unerwartet, aber zur Verblüffung der Alpenländer, schlitterten bekannte Industriebetriebe in Konkursnähe, unter ihnen die meisten Skifabrikanten und der Handelsriese Konsum. Die Stadt Salzburg will die Milch für die Altenheime inzwischen in Bayern bestellen - sie ist dort billiger.

Ein Aufschrei der Wehleidigkeit geht jetzt durch die Republik, zumal sich das Bayernwerk bei einem österreichischen Energieversorger eingekauft hat. Importierte Lebensmittel verdrängen überall heimische Waren aus den Supermarktregalen. Der Arbeitsmarkt gerät wie in fast allen Industrieländern ins Rutschen, da trotz guter Konjunktur die Beschäftigtenzahlen erstmals deutlich sinken. Zehntausende Bauern mit zu kleinen Höfen kämpfen um ihre wohlsubventionierte Existenz. "Wir wollen den Ausverkauf Österreichs verhindern", behauptet Schüssel, der sechs Jahre als Wirtschaftsminister amtierte.

Aber wie? Potente Kapitalisten waren in Österreich schon zu Kaiser Franz Josefs Zeiten rar; internationale Firmenbeteiligungen sind im EU-Europa ohnehin selbstverständlich; ohne ausländische Partner sind nur wenige Sparten auf Dauer überlebensfähig, nicht einmal die meisten Banken und Versicherungen.

Langsam wird den Österreichern auch klar, daß sie im internationalen Vergleich eher unterqualifiziert sind. Während in der OECD, dem Klub der führenden Industriestaaten, durchschnittlich jeder fünfte Bürger eine höhere Bildung vorweisen kann als das Abitur, sind das in Österreich gerade sieben Prozent. Dafür brauchen die wenigen Studenten für ihre Ausbildung wesentlich länger als Kommilitonen in den meisten anderen Ländern, stolze 13 Semester.

Pro Kopf der Bevölkerung werden in Österreich auch nur halb so viele Qualitätszeitungen gekauft und Bücher gelesen wie in vergleichbaren Staaten. Und Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll brüstet sich, bislang nur ein einziges Buch gelesen zu haben: Karl Mays "Schatz im Silbersee".

Selbstbezogen, mit Angst vor Fremden, ökonomisch verunsichert - so ein Staatsbürgerprofil bringt furchtsame Wähler hervor, verstörte Seelen, die nur allzugern Schutz bei Heilsversprechern suchen.

Erfolgreich locken Haider's Freiheitliche die Frustrierten und vermeintlichen Verlierer auf ihre Seite. Angesprochen fühlen sich im Land der kunstvollen Nörgler und Neider auch Zehntausende, die um ihre Privilegien als Lehrer oder Postbeamte bangen, weil den Regierenden das Budget außer Kontrolle geriet.

Angst wird die Wahl entscheiden, und sie ist ausgeprägt in allen Lagern. Am stärksten bei den Künstlern, die dem Land soviel Beachtung eingebracht haben. Viele schweigen demonstrativ, neben Turrini auch die Schriftstellerin Elfriede Jelinek: "Ich sage nichts aus Sorge, daß alles, was ich jetzt noch sage, schwarz-blau nur nützen könnte."

Ein Aufschrei der Wehleidigkeit geht durch das Land. Selbstbezogen, ängstlich und ökonomisch verunsichert.<<

12.12.1995

Belgien: Litauen beantragt am 12. Dezember 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

15.12.1995

Spanien: Der Europäische Rat bestätigt am 15./16. Dezember 1995 in Madrid die Einführung der einheitlichen Währung "Euro" zum 1. Januar 1999.

16.12.1995

Belgien: Bulgarien beantragt am 16. Dezember 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

1995

BRD: Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet 50 Jahre nach dem Kriegsende über die sowjetische Befreiungsmission (x046/19-20): >>... Daß die 1994 abziehenden letzten Truppen der ehemaligen Okkupationsarmee der Sowjetunion nach wie vor erfüllt sind von der überhaupt erst nachträglich eingeschobenen Propagandathese, die Rote Armee hätte 1944/1945 in Deutschland eine "Befreiungsmission" erfüllt, auch seien die Rotarmisten in Deutschland schließlich als Befreier aufgetreten und empfangen worden, wird man den jetzigen russischen Soldaten nicht verübeln. Sie können es nicht wissen ...

Wenn in der deutschen Öffentlichkeit, der doch alle Informationsmöglichkeiten zu Gebote stehen, andererseits jedoch eine Meinung um sich greift, nach der die Deutschen von den Armeen der stalinistischen Sowjetunion "befreit" worden seien, so gibt es hierfür keine Entschuldigung, wird die historische Wirklichkeit damit doch geradezu auf den Kopf gestellt. Denn nicht als "Befreierin" ist die Rote Armee eingedrungen, auch wenn die mancherorts errichteten Siegesmonumente dies heute suggerieren sollen; und wohl von niemandem in Deutschland wurde sie damals als Befreierin empfunden.

Die Soldaten Stalins kamen eigenen Parolen zufolge nicht als Befreier, sondern als gnadenlose Rächer. Alle gegenteiligen Behauptungen der heutigen Zweckpropaganda gehören in das Reich der Fabel und kommen einer glatten Verdrehung der historischen Tatsachen gleich. ...<<

Der Schweizer Autor Benjamin Wilkomirski (eigentliche Bruno Dössekker) veröffentlicht im Jahre 1995 im Suhrkamp Verlag den autobiographischen Bericht "Bruchstücke" über seine angeblichen Kindheitserlebnisse in Polen während des Zweiten Weltkrieges.

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über "Bruchstücke" (x169/64-69): >>... Ein neuerer Schwindel, Benjamin Wilkomirskis "Bruchstücke", bedient sich wahllos beim Holocaust-Kitsch von "The Painted Bird". Wie Kosinski zeichnet Wilkomirski sich als einsames, überlebendes Kind, das stumm wird, in einem Waisenhaus aufwächst und erst verspätet entdeckt, daß es ein Jude ist.

Wie bei "The Painted Bird" besteht das wesentliche erzählerische Konzept von "Bruchstücke"

in der schlichten, auf das Notwendigste beschränkten Stimme eines naiven Kindes, wodurch auch der Zeitrahmen und die Ortsbezeichnungen vage bleiben können. Wie in "The Painted Bird" gipfelt jedes Kapitel von "Bruchstücke" in einer Gewaltorgie. Kosinski stellte "The Painted Bird" als "langsames Auftauen der Seele" vor; Wilkomirski stellt "Bruchstücke" als "wiedergefundene Erinnerung" dar.

"Bruchstücke", durch und durch ein Schwindel, ist dennoch der Archetyp der HOLOCAUST-Erinnerung. Es beginnt zunächst im Konzentrationslager, wo jeder Aufseher ein wahnsinniges, sadistisches Monster ist, das mit Wonne die Schädel jüdischer Neugeborener zerschmettert. Doch die klassischen Erinnerungen an die Konzentrationslager der Nazis stimmen mit der Aussage der Auschwitz-Überlebenden Dr. Ella Lingens-Reiner überein: "Es gab nur wenige Sadisten. Nicht mehr als fünf bis zehn Prozent."

In der HOLOCAUST-Literatur tritt der allgegenwärtige Sadismus der Deutschen dagegen stark hervor. Das dient einem doppelten Zweck, denn er "dokumentiert" die einzigartige Irrationalität DES HOLOCAUST ebenso wie den fanatischen Antisemitismus der Täter.

"Bruchstücke" ist deswegen ein Einzelfall, weil es weniger das Leben während des Holocaust schildert als vielmehr das danach. Der kleine Benjamin, der von einer schweizerischen Familie adoptiert worden ist, muß noch weitere Qualen durchleiden. Er ist in einer Welt gefangen, in der man den Holocaust leugnet. "Das mußt du jetzt vergessen! Vergessen wie einen bösen Traum", sagt seine Mutter. "Es war nur ein böser Traum ... Du mußt alles vergessen."

"Hier in diesem Land", erregt er sich, "sagen dauernd alle, ich soll vergessen und daß es nie geschehen ist, und ich hätte es nur geträumt. Aber sie wissen über alles Bescheid!"

"Sogar in der Schule zeigen die Knaben auf mich, machen Fäuste und rufen: 'Der spinnt doch, das gibt es gar nicht! Lügner! Er ist übergeschnappt, er ist verrückt, so ein Idiot.' "

All die Kinder der Nichtjuden schlagen auf ihn ein, singen antisemitische Liedchen und verbünden sich gegen den armen Benjamin, während die Erwachsenen ihn weiter quälen: "Du bildest dir das ein!"

So in bittere Verzweiflung getrieben, erlebt Benjamin eine Holocaust-Erscheinung. "Das Lager ist noch da. Es ist nur versteckt und gut getarnt. Die Menschen haben ihre Uniformen ausgezogen und sich schön gekleidet, damit man sie nicht erkenne. ... Deute ihnen nur leise einmal an, daß es sein könnte, daß du ein Jude bist, und du wirst spüren: Es sind noch immer die gleichen Menschen, und ich bin sicher: Sie können noch immer töten, auch ohne Uniform."

"Bruchstücke" ist mehr als eine Huldigung an das Holocaust-Dogma - es ist der letzte Beweis: Sogar in der Schweiz - der neutralen Schweiz - wollen all die Nichtjuden die Juden töten.

"Bruchstücke" wurde weithin als ein Klassiker der Holocaust-Literatur gefeiert. Das Buch wurde in ein Dutzend Sprachen übersetzt und gewann den "Jewish National Book Award", den Preis des "Jewish Quarterly" und den "Prix de Mémoire de la Shoah". Als Star von Dokumentationen, Hauptredner bei Holocaust-Konferenzen und Spendenbeschaffer für das United States Holocaust Memorial Museum wurde Wilkomirski schnell zu einem Aushängeschild des HOLOCAUST.

Daniel Goldhagen, der Bruchstücke als "kleines Meisterwerk" lobte, wurde zum wichtigsten akademischen Vorkämpfer Wilkomirskis. Kenntnisreiche Historiker wie Raul Hilberg dagegen bezeichneten Bruchstücke schon früh als Schwindel.

Nachdem die Täuschung entlarvt war, stellte Hilberg auch die richtigen Fragen: "Wie konnte dieses Buch bei mehreren Verlagen als Erinnerungswerk durchgehen?"

Wie konnte es diesem Herrn Wilkomirski Einladungen an das United States Holocaust Memorial Museum sowie an renommierte Universitäten einbringen?

Wie ist es dazu gekommen, daß wir keine anständige Qualitätskontrolle haben, wenn es darum geht, Holocaust-Stoffe vor ihrer Veröffentlichung zu prüfen?"

Wilkomirski, halb Spinner, halb Scharlatan, lebte, wie sich herausstellte, den ganzen Krieg

über in der Schweiz. Er ist noch nicht einmal Jude. Doch man höre sich die Nachrufe der Holocaust-Industrie an:

Arthur Samuelson (Verleger): "Bruchstücke" - "ist ein recht gutes Buch ... Ein Schwindel ist es nur, wenn man es als Sachbuch bezeichnet. Ich würde es eben in der Kategorie Belletristik herausgeben. Vielleicht ist es nicht wahr - desto besser ist sein Autor!"

Carol Brown Janeway (Herausgeberin und Übersetzerin): "Falls sich die Anschuldigungen ... als zutreffend herausstellen, dann stehen keine nachprüfbaren empirischen Tatsachen zur Debatte, sondern es sind spirituelle Tatsachen zu beurteilen. Man müßte die Seele überprüfen, und das ist unmöglich."

Das ist noch nicht alles. Israel Gutman ist einer der Leiter der Gedenkstätte Yad Vashem und hält Vorlesungen zum Holocaust an der Hebrew University. Außerdem war er selbst Häftling im Konzentrationslager Auschwitz.

Laut Gutman "ist es nicht so wichtig", ob "Bruchstücke" ein Schwindel ist. "Wilkomirski hat eine Geschichte geschrieben, die er tief empfunden hat; das steht fest ... Er ist kein Schwindler. Er ist einer, der diese Geschichte sehr tief in seiner Seele erlebt. Der Schmerz ist authentisch."

Demnach spielt es also keine Rolle, ob er die Zeit des Krieges in einem Konzentrationslager zubrachte oder in einem schweizerischen Chalet; Wilkomirski ist kein Schwindler, wenn sein "Schmerz authentisch ist."

So argumentiert ein Überlebender von Auschwitz, der sich zum Holocaust-Experten gewandelt hat. Die anderen verdienen Verachtung - Gutman nur Mitleid.

Im Oktober 1999 gab Wilkomirskis deutscher Verlag, als er "Bruchstücke" aus den Buchhandlungen zurückzog, schließlich öffentlich bekannt, daß der Autor kein ehemaliges jüdisches Waisenkind, sondern der in der Schweiz geborene Bruno Dössekker sei.

Als er erfuhr, daß die Party vorbei war, tönte Wilkomirski trotzig: "Ich bin Benjamin Wilkomirski!"

Der amerikanische Verlag, Schocken, nahm Bruchstücke erst einen Monat später aus seinem Programm. ...<<

Tschechien: Die tschechische Schriftstellerin Eva Kanturková schreibt im Jahre 1995 über den "Abschub" der Sudetendeutschen (x154/30): >>Mit dem Balkankrieg und seinen ethnischen Säuberungen vertiefte sich notwendigerweise auch der Blick auf den "Abschub" der böhmischen und mährischen Deutschen.

Ich empfinde die "ethnische Säuberung" des Gebietes der heutigen Tschechischen Republik als einen langfristigen, komplizierten und sich steigernden Prozeß, der einige Gipfel aufweist, und nicht immer durch die Tschechen verursacht wurde. Das Münchener Abkommen, die nationalsozialistische Okkupation des Landes, der Krieg, die Niederlage des Nationalsozialismus, die sich durchsetzende kommunistische Totalität, die Niederlage des Kommunismus und schließlich der Umsturz nach dem November 1989 sind nur Begleitumstände eines Prozesses, der den Anschein erweckt, von seiner eigenen Energie getragen zu werden.

Am deutlichsten wird dieser Prozeß der "ethnischen Säuberung" im sogenannten "Abschub" der Deutschen aufgrund der Benes-Dekrete: das war die Nachkriegsrache der Besiegten für das vom Nationalsozialismus verursachte Leid. Eine Rache, abgeschmackt grob, die durch den "Abschub" nicht beendet war.

Die verbliebene deutsche Minderheit lebte unter dem Kommunismus in einer nichtvollberechtigten Lage, die durch das Nichtrespektieren ihres Deutschtums noch mißlicher wurde. Ihre Mitglieder verließen das Land. Zur Aussiedlung der Deutschen gehört auch der Verlust der starken deutsch-jüdischen Kultur, die durch den deutschen Nationalsozialismus ausgerottet wurde. Und nicht nur Prag, auch andere große Städte haben ihre deutsche Kultursubstanz verloren. ...

Also: wenn ich die winzige Minderheit der Roma außer acht lasse und auch die restliche ausdruckslose deutsche Minorität, finden wir am Ende dieses Prozesses eine ethisch reine Tschechische Republik wie aus einem Guß, die jedoch kulturell, innen- und geopolitisch, sittlich und geistig geschwächt ist. ...<<

Der tschechische Schriftsteller Jiri S. Kupka schreibt im Jahre 1995 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/32): >>Ich ziehe nach 50 Jahren den Transfer nicht in Zweifel, und ich sage Ihnen warum: Kleine Völker sind gute "Schmerzleiter".

Die Tschechen sind im Westen, im Norden und im Süden durch das deutsche Volk umgeben, das sie numerisch um das Achtfache übertrifft. Vom Anfang der gemeinsamen Geschichte an widerstanden nur sehr wenige deutsche Herrscher der Versuchung, sich des tschechischen Staates durch Gewalt zu bemächtigen. Darüber hinaus: zwischen den Jahren 1620 und 1918, also 3 Jahrhunderte, mußten die Tschechen einer Obrigkeit gehorchen, die sie auf deutsch befehligte. Wenn ein in Reichenberg geborener Korporal einen tschechischen Rekruten mit dem Stock bestrafte, forderte ihn der Offizier auf: "Hau nur zu – es ist ein Böhmi!"

Diese fast tausendjährige Erfahrung im Schmerz kann nicht ohne Spuren in der Psyche und im Gedächtnis des Volkes zurückbleiben.

Nach 1918 wurde die Selbständigkeit des tschechischen Staates wiederhergestellt und die Slowakei angeschlossen. Die Republik erreichte dann schnell große Erfolge in Wirtschaft, Kultur und Festigung der Demokratie. Und kaum ging es aufwärts, schon tauchte wieder die deutsche Gefahr auf, diesmal in der Form des Dritten Reiches. Unsere deutschen Mitbürger in den Grenzgebieten hatten in ihrer erdrückenden Mehrheit dazu beigetragen, daß sich diese Gefahr in Terror verwandelte.

Den Schmerz, den die Tschechen jahrhundertlang zu fühlen bekamen, und die Brutalität der deutschen Okkupation, als sich unser Volk fast schon im Vorzimmer des Todes befand, führten zu der Entscheidung - die letzten Endes auch die siegreichen Großmächte der Anti-Hitler-Koalition sanktioniert hatten - die Deutschen aus den historischen Grenzen des tschechischen Staates auszusiedeln.

Deswegen ziehe ich auch nach fünfzig Jahren diese Maßnahme nicht in Zweifel. Die Geschehnisse kann man nämlich nicht aus den historischen Zusammenhängen herausreißen.

Was ich am Transfer auch nach einem halben Jahrhundert noch für verurteilungswürdig halte, das sind die Grausamkeiten, von denen er begleitet war. Verbrochen haben sie diejenigen Tschechen, welche an wehrlosen Menschen ihre zu spät erwachte Tapferkeit beweisen wollten. ...<<

Der Journalist und Schriftsteller Gabriel Laub (1928-1998) schreibt im Jahre 1995 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/33): >>>Nach fünfzig Jahren ändert sich alles. Die Vertreibung der deutschen Bürger der Tschechoslowakei war ein Teil des Krieges, auch wenn der Krieg schon vorbei war. Ich weiß, daß es mich nicht aufgeregt hat, ich sah dies damals wie alle anderen, nämlich als einen normalen Akt der Beendigung des Krieges.

Daß dabei diese Bestialitäten geschahen, daß Menschen gemordet, erniedrigt und gequält wurden, das ist natürlich ein Verbrechen, das waren Straftaten, die wohl nicht vom Staat angeordnet, oder nicht die Sache des ganzen Volkes waren, sondern eine Angelegenheit verschiedener Einzelgänger, die bei solch einer Kriegsaktion, ihre Feigheit, ihre Sadismen, ihr Begehren, jemanden zu beherrschen oder jemanden zu quälen, ausleben konnten.

Heute nach 50 Jahren, sieht die Sache natürlich anders aus. Es gibt Dinge, die die Verständigung zwischen den Völkern behindern, wie zum Beispiel das Verlangen nach Entschädigung. Andererseits, wenn man mit den ehemaligen Sudetendeutschen oder ihren Nachkommen spricht, würde niemand in Wirklichkeit auf Dauer zurückkehren wollen.

Einfach ein paar Politiker – und zwar zweit- bis drittklassige Politiker – leben sich mit dieser Thematik aus, damit sie ein wenig Popularität gewinnen, und um ihr politisches Business zu

treiben.

Deutschland als Einheit, das deutsche Volk, oder die Bürger Deutschlands als Ganzheit interessieren sich dafür überhaupt nicht. Sie lesen es in der Zeitung und übergehen es.

Vorgestern habe ich mit einem Kabarettisten gesprochen, der aus dem Sudetenland stammt, wohl dort noch geboren war, und ich fragte ihn: "Wollen sie dorthin zurück?" "Aber nein", antwortete er, "das will vermutlich niemand."

Also ist die ganze Angelegenheit ein Spielball im politischen Spiel, ein einst im Blut gebadeter Spielball, der heute nur noch ein aufgeblasener Ballon ist.<<

Der tschechische Journalist Jiri Loewy (1930-2004) schreibt im Jahre 1995 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/33-34): >>Ich glaube, daß ich in den vergangenen fünfzig Jahren meinen grundsätzlichen Standpunkt nicht revidieren mußte. Was der Verlust der Heimat bedeutet, habe ich schon als Achtjähriger erfahren – als ich mit Vater und Mutter 1938 nach dem Münchener Diktat Nordböhmen verlassen mußte.

Die vermeintliche Heimat, in die ich sofort zurückgekehrt bin, sobald dies technisch möglich war – wohl am 15. oder 16. Mai 1945, als die Züge von Prag aus weiter fuhren als nur bis Böhmisches Leipa – diese Heimat war derart verändert, daß ich sie kaum wiedererkennen konnte. Und sie veränderte sich weiter mit jedem Tag. Aber nicht zum Besseren.

... Die sehr frühe Rückkehr in die einstige Heimat hatte zur Folge, daß ich als 15jähriger -frühzeitig reif durch das Erlebnis von Krieg und Holocaust – aus nächster Nähe sehen konnte, was eine "ethnische Säuberung", diesmal mit umgekehrten Vorzeichen, bedeuten kann. Ich wurde Augenzeuge, wie die Soldateska eines Oberstleutnant Voves ihr Unwesen trieb – und das alles mit einem wesentlichen Zeitvorsprung, also lange vor der Potsdamer Konferenz, auf die sich heute noch die Apologeten des sogenannten "Abschubs" alibistisch berufen.

Meine feste und unabänderliche Überzeugung lautet, daß kein einziger Staat auf dieser Welt das Recht beanspruchen darf, seine Bürger ihres Lebens, ihrer Heimat und ihres rechtmäßigen Besitzes zu berauben. Die Staaten und Regierungen haben einst wir Menschen geschaffen, damit sie uns schützen und uns dienen. Der Staat ist unsere Institution, und er ist angewiesen auf unsere, zumindest passive -Loyalität.

Nie hätten wir zulassen dürfen, daß sich ein guter Diener zu einem bösen Herren aufwirft, der sich über uns alle erhebt und darüber entscheidet, wer von uns leben kann oder sein Leben lassen muß, wer von dort ansässig sein darf, wo er geboren wurde und wo die Gräber seiner Ahnen liegen.

Wir sollten die auf den Kopf gestellte Problematik wieder auf die Beine stellen. Wenn es uns gelingt, die künstlichen Gedankenkonstruktionen fallen zu lassen, die uns nach und nach von den Lakaien des vergötterten Staates aufgezwungen worden sind, kehren wir dereinst zum natürlichen Recht Gottes und der Menschen zurück. Und dann wird es keinen Zweifel mehr geben, daß kein Regierungsprogramm irgendeines Staates, keine Institution dieser Welt dem Sittengesetz übergeordnet sein darf, daß wir in uns tragen. Kein staatliches Gesetz irgendeiner Art kann die Zehn Gebote Gottes außer Kraft setzen.<<

Der tschechische Schriftsteller Arnost Lustig (1926-2011) schreibt im Jahre 1995 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/34-35): >>Was denke ich über die Vertreibung?

Ich würde nicht einen einzigen Menschen abschieben, der nichts verbochen hat. Doch ich würde auch nicht vergessen, was Obersturmbannführer Heydrich auf der Prager Burg mit seiner piependen Stimme über die tschechische Bagage sagte.

Ich will niemandem Unrecht tun. Ich habe im Konzentrationslager Deutsche kennengelernt, die menschlich, wunderbar und tapfer waren, weil sie durch Weiterreichen eines Brotstücks ihr Leben riskiert haben. ...

Wenn mich jemand damals, 1945, gefragt hätte – abschieben oder nicht? – hätte ich gesagt, jawohl, abschieben. In so einem Augenblick dringt durch die Gerechtigkeit die Rache durch,

und durch die Rache die Gerechtigkeit.

Also wenn ich mir selber schwören sollte, was ich heute darüber denke, was ich diesbezüglich damals dachte, da müßte ich ehrlich sagen, daß ich mit der Vertreibung einverstanden war – natürlich ohne Bestialitäten, ohne Raffgier, Blutrünstigkeit und Töten – und nur bezogen auf diejenigen, die sich etwas zuschulden haben kommen lassen. ...<<

Der tschechische Schriftsteller Alexej Pludek (1923-2002) rechtfertigt im Jahre 1995 die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/35): >>Im 13. Artikel des Potsdamer Abkommens aus dem Jahre 1945 ist deutlich die Zustimmung der siegreichen Alliierten des Zweiten Weltkrieges zum dauerhaften Transfer der Deutschen aus dem tschechoslowakischen Gebiet deklariert. Es war also keinesfalls eine Vertreibung.

Der amerikanische Präsident Roosevelt erklärte seine Meinung schon im Jahre 1943 während des Besuches des Staatspräsidenten Benes. Damals kam man überein, den Transfer definitiv durchzuführen.

Die Kontrollkommission der Alliierten verkündete den durchgeführten Transfer der Deutschen als human, also widerspricht die gegenwärtige demagogische Schilderung der Gewalttaten den verantwortlichen Institutionen. Auch das internationale Rote Kreuz bestätigte, daß der Transfer mit aller humanitären Sicherung und gesundheitlicher Fürsorge durchgeführt worden ist. Sollte es tatsächlich zu einigen Gewalttaten gekommen sein, war das gering im Vergleich mit den hunderttausenden Morden an tschechischen Bürgern und mit dem ökonomischen Terror während des Krieges.

Im tschechoslowakischen Parlament waren im Jahre 1945 alle politischen Parteien ohne Ausnahme mit dem Transfer einverstanden. Deswegen haben einige derzeitige tschechische Stimmen gegen den Transfer - einschließlich Havels Entschuldigung für die Vertreibung - verfassungswidrigen Charakter.

Es existiert kein Sudetenland, das ist ein erfundener Terminus für die politische Argumentation aus der Zeit zwischen den 2 Weltkriegen. Die Deutschen siedelten sich in den tschechischen Ländern auf Einladung der tschechischen Herrscher an, wirkten bei der Gründung der Städte mit und besiedelten in Grenzgebieten den tschechischen Boden. Sie waren Untertanen der tschechischen Regierung und gehörten nie zu einem deutschen Staat. Deshalb ist ihr Bekenntnis zur Reichsbürgerschaft im Jahre 1938 Hochverrat. Und der Transfer nach dem Krieg ist eine natürliche Versetzung der fremden Staatsangehörigen.

Zusammen mit den tschechischen und deutschen Bürgern halte ich es für richtig, nicht in das Verhalten des Zweiten Weltkriegs zurückzufallen und zusammenzuleben unter friedlichen Bedingungen, als Gleiche mit Gleichen.<<

Der tschechische Schriftsteller Karel Steigerwald schreibt im Jahre 1995 über den "Transfer" der Sudetendeutschen (x154/36): >>... Soweit wir den Transfer der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei mit den heutigen Augen betrachten und der heutigen Erfahrung und mit den Erlebnissen unserer Generation, müssen wir natürlich klar sagen, daß dieser Transfer eine deutliche und augenfällige Verletzung aller Menschenrechte war, es war ein Gewaltakt gegenüber einer Bevölkerungsgruppe – und all das müssen wir begrifflicherweise verurteilen. ...

Ich glaube, man muß dieses schreckliche Ereignis der tschechischen Geschichte, für das selbstverständlich alle Verantwortung tragen, beziehungsweise die damaligen Tschechen, man muß es mit den Augen der damaligen Zeit sehen und im Bezugrahmen all jener Ereignisse, die damals eine Rolle spielten.

Die ganze Diskussion zwischen Tschechen und Deutschen ist heute erwartungsgemäß eine historische Debatte. Man kann das nicht wiedergutmachen, nicht entfernen, alles geschah, so wie es geschah. Dies alles erfolgte so, wie der Nationalsozialismus erfolgte, wie der Zweite Weltkrieg. Am besten sagte es Jiri Grusa im Scherz: ja, wir geben den Sudetendeutschen das Sudetenland zurück, und die bringen uns die Toten, die Juden wieder. Diese grauenvolle Me-

tapher sagt eigentlich aus, man kann dies alles mit den heutigen Augen bewerten, aber weiter kann man wahrscheinlich nicht viel tun.<<

Der tschechische Schriftsteller Jiri Stránský schreibt im Jahre 1995 über den "Abschub" der Sudetendeutschen (x154/36-37): >>Damals 1945, war ich noch nicht ganz 15 Jahre alt. Mein Vater war während des Krieges in Auschwitz, überhaupt wurde meine Familie sehr verfolgt, einer meiner Onkel wurde zum Tode verurteilt, doch zum Glück wurde das Urteil nicht vollstreckt. ... Dessen ungeachtet gehörte meine Familie nicht zu denen, die an irgendwelche Rache oder Vergeltung, oder etwas Ähnliches sonst dachten. Mein Vater wäre beinahe ums Leben gekommen, weil er sich nach dem Prager Aufstand im Mai 1945 gegen die Behandlung der gefangenen Deutschen wehrte, meistens der SS-Männer, als sie an Laternen verbrannt wurden ...

Dennoch muß ich bezüglich des Abschubs der Deutschen etwas Wichtiges aussprechen. Man vergißt ein wenig, daß es nicht wir waren, die sich den Abschub ausgedacht haben. Wie wir gut wissen, haben diesen Abschub die Großmächte untereinander vereinbart, und wenn heute jemand zurückblickend nach 50 Jahren sagt, daß er den Abschub in seinem tiefsten Wesen abgelehnt habe, daß er dagegen war, also dann bestenfalls – spricht er nicht die Wahrheit.

... Der ganze Ablauf dieser Geschichte hat uns überzeugt, daß ihre Abfolge irgendwie ganz konsequent war. Wenn wir heute wissen, daß eine kollektive Vergeltung, die sich damals als richtig darstellte, eine falsche Lösung war, so können wir nicht viel mehr machen, als davon ausgehen, daß alles, was vor 50 Jahren geschah, nicht wiedergutzumachen ist, auch wenn wir uns noch so mühen. ...<<

Rudolf Ströbinger (Publizist) kritisiert im Jahre 1995 die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/39-40): >>... Die Tatsache, daß sich damalige politische Vertreter der Tschechoslowakei – ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit – für die Vertreibung aussprachen und sie auch verlangten, war im großen Maße eine Reaktion auf sechs Jahre nationalsozialistischer Okkupation.

Was beim historischen Blick auf diese Zeit der Kritik unterworfen werden muß, sind die Begleiterscheinungen bei der Vertreibung der deutschen Bevölkerung. Dabei habe ich nicht nur die Auswüchse und Exzesse der sogenannten "wilden Vertreibung" im Sinn, sondern auch das, was während der zweiten, angeblich geregelten Phase der Vertreibung 1946 geschah.

Natürlich ist es leicht, aus dem heutigen Blickwinkel die negativen Erscheinungen der Jahre 1945 und 1946 zu kritisieren. Weniger leicht, jedoch notwendig ist, über die Haltung derjenigen Politiker, die damals die Tschechoslowakei repräsentiert haben, nachzudenken.

Und gerade bei denen entbehren wir – und das nicht nur aus tschechischer Sicht – einen staatsmännischen und politischen Zugang zu der Frage der Vertreibung.

Genauso schlägt der Versuch der heutigen politischen Repräsentation in der Tschechischen Republik fehl, die Behauptung glaubhaft zu machen, die Vertreibung wäre aufgrund der Entscheidung der Großmächte auf der Potsdamer Konferenz beschlossen worden, zumal diese Behauptung eine bloße Halbwahrheit ist, wie auch die Annahme, die Vertreibung wäre geordnet durchgeführt worden.

Was den Aspekt des Potsdamer Abkommens anbelangt, so wissen wir, daß die tschechoslowakische Regierung mehrere Male die Großmächte sehr drängte - und das lange vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges - ihre Zustimmung zu der Vertreibung zu geben. Um diesem Wunsch Nachdruck zu verleihen, wurden sogar Provokationen organisiert, wie z.B. die Explosion der Munitionsdepots in Aussig.

Die Vertreibung sollte - wie das Potsdamer Abkommen aussagt – human, das heißt bei vollem Respektieren der Grundlagen der Menschlichkeit durchgeführt werden. Daß diese Forderung fast nirgendwo respektiert wurde, ist kein Geheimnis mehr.

Und noch eine Betrachtung: die Geschichte des zwanzigsten Jahrhundert ist voll von Beispie-

len, daß jegliche Umsetzung, Vertreibung, Abschub, Transfer, Umsiedlung – auf die Termini kommt es nicht an – etwas ist, was Menschenrechte und zwischenmenschliche Beziehungen verletzt und zunichte macht.

Ebendies gilt auch von der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. An die 3 Millionen Bewohner aus ihrer Heimat abzuschieben, das ist eine höchst inhumane Tat. Sie setzt voraus, daß alle 3 Millionen Betroffenen sich des Hochverrats gegenüber der Tschechoslowakei schuldig gemacht haben. Daß das nicht stimmt, ist und war auch im Jahre 1945 bekannt und nachgewiesen.

Mit anderen Worten: Damals ging man (davon) aus - und leider Gottes geht man heute noch davon aus - vom Begriff der kollektiven Schuld, also von einer Auffassung, die sich in Diskrepanz (Unstimmigkeit) mit jeglicher Gerechtigkeit befindet und nie akzeptiert werden kann. Es ist unbestritten, daß von der Vertreibung nicht nur diejenigen, die sich schuldig gemacht hatten, betroffen waren, sondern auch hunderttausende von Bewohnern, die keine andere Schuld hatten, als die, daß sie anderer Volkszugehörigkeit waren als die Sieger.

Diese Tatsache kann man nicht beschönigen. Man muß sie offen zugeben und der Wahrheit ins Auge schauen. Und das auch, wenn es oft schmerzhaft ist und den Mut verlangt, seinen eigenen Schatten der Schuld zu überspringen. Nur so - und das gilt natürlich auch für die andere Seite - kann man neue Beziehungen, neue Auffassungen vom Zusammenleben in Europa schaffen.<<

Der tschechische Schriftsteller Jan Trefulka schreibt im Jahre 1995 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/40): >>Ich habe keine 50 Jahre gebraucht, um zu wissen, daß die Vertreibung der Deutschen aus Böhmen und Mähren eine unannehmbare, drastische und gegenüber den deutschen Familien äußerst ungerechte Maßnahme gewesen ist.

Eine kollektive Vergeltung, die mit den Schuldigen auch Unschuldige trifft, und eine Art Geiselnahme sind möglicherweise die widerlichsten kriminellen Praktiken. Als 15jähriger Junge wußte ich von den Grausamkeiten, die bei der sogenannten "wilden Vertreibung aus Brünn" geschahen. Ich erinnere mich, daß in meiner Umgebung viele Leute mit diesen Methoden nicht einverstanden waren, doch laut zu protestieren wagte, glaube ich, niemand.

Das Gericht der Geschichte ist natürlich etwas anderes als die Gefühle eines Einzelnen. Lange Jahrhunderte kämpften europäische Völker mit allen Mitteln um die Verteilung der Welt. Sie begingen überall, wohin sie kamen, Morde, grobe Ungerechtigkeit und Gewalt. Der Erste Weltkrieg war einer der Gipfel dieses Kampfes der Giganten und bedeutete einen weiteren rasanten Schritt zur Bestialität.

Dieser Krieg öffnete den Weg für Hitler und Stalin. Er lieferte ihnen für eine lange Zeit den Schein der Berechtigung, ja Legitimität. In diesem Kessel von Sittenlosigkeit und Grauen ist die Vertreibung der Deutschen aus den böhmischen Grenzgebieten nur eine Episode, die keineswegs über den Rahmen der europäischen Realität hinausragt.

Die Deutschen waren übrigens unter denen, die schon in den dreißiger Jahren durch Rassismus deformierte ethische Normen aufgestellt hatten. Es ist daher, glaube ich, heuchlerisch und gegenstandslos, die Entscheidung der tschechischen Regierung und ihrer Institutionen aus dem Jahre 1945 über die Vertreibung zu verurteilen.

Die heutigen Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen müssen durch die aktuellen Regeln des europäischen Zusammenlebens geregelt werden, ohne Rücksicht darauf, was sich in der Vergangenheit abgespielt hat.<<

Der tschechische Schriftsteller Pavel Verner verurteilt im Jahre 1995 die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/40-41): >>Ich weiß nicht, wie mein Urteil über die massenhafte Vertreibung der böhmischen und mährischen Deutschen aus ihrer Heimat nach dem Krieg ab 1945 in der Zeit ausgesehen hätte, als diese Ereignisse gerade stattfanden. Mit dem Abstand von 50 Jahren fühle ich nur Beschämung.

Damals hätte ich es möglicherweise als einen neurotischen Akt der Nachkriegspolitik von Benes bezeichnet. Heute sehe ich diese Angelegenheit als eine gehörig barbarische, kaltblütig vorbereitete und gründlich durchdachte, sogenannte Endlösung der deutschen Frage in Böhmen und Mähren.

Niemand hatte doch die Slowaken für ihren faschistischen Staat flächendeckend bestraft und viele Jahre später, nach der samtigen Revolution, hat niemand der Gesamtzahl der Tschechoslowaken, vor allem jedoch den Tschechen vorgeworfen, daß sie im Jahre 1948 die Demokratie verraten und freudig den Kommunismus angenommen hätten.

Was für eine Schuld trugen also die böhmischen und mährischen Deutschen für die Hitler-Okkupation? Nach dem Jahr 1918 wurden sie in den tschechoslowakischen Staat hineingepreßt, der sich mit dem Selbstbestimmungsrecht, das er angeblich respektierte, gebrüstet hatte. Den Deutschen billigte Masaryks Staat die gleichen Rechte eben nicht zu, und als sie diese auf die Anregung der Sozialdemokratie hin am 4. März 1919 erstreiken wollten, griff die tschechoslowakische Armee ein, und es gab 54 Tote.

Man muß klar sagen, daß die böhmischen und mährischen Deutschen nichts gegen die tschechoslowakische Demokratie hatten, aber ein nationaler Staat der Tschechoslowakei war ihnen ein Dorn im Auge, da in diesem weniger Slowaken lebten, als im nationalen Sinn rechtlose Deutsche. Also die tschechoslowakische Demokratie selbst hat den fruchtbaren Boden für die nationalsozialistische Propaganda bereitet.

Wie dem auch sei: auch wenn die Mehrheit der Deutschen die Hitlersche Expansion unterstützt hatte, hatte niemand nach dem Krieg das Recht, sich an einer ethischen Einheit aufgrund deren kollektiven Schuld zu rächen, also wegen etwas, das wir heute auf dem Balkan verurteilen.

Vors Gericht sollten die Funktionäre der Henlein-Partei gestellt werden, die Mitarbeiter der Gestapo, alle, die sich konkret schuldig gemacht haben. Bei der Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei bestand die einzige Schuld einfach darin, Deutscher zu sein. Millionen von ihnen aus ihrer jahrhundertealten Heimat aus proklamativ ethnischen Gründen zu vertreiben, das war nicht nur verbrecherisch und grausam, für die Zukunft des tschechischen Staates war es auch unermesslich dumm.

Deutschland ist nicht nur geographisch nächster Nachbar, sondern auch ein mit uns kulturell identischer Raum, ja mehr noch, in dieser gefährlichen Welt kann er für uns die einzige Garantie der Sicherheit werden.

Die Außenpolitik der gegenwärtigen tschechischen Regierung, die nicht fähig ist, sich ehrlich und mannhaft mit dem Trauma der Vertreibung auseinanderzusetzen, mit dem fatalen Versagen der Demokratie von Benes, eine Regierung, die durch den Mund ihrer Vertreter leider Gottes auch durch den Mund des Staatspräsidenten konstruierte Entschuldigungen für an unschuldigen Menschen begangene Bestialitäten sucht, solch eine Politik ist sittenlos, populistisch, und für die Zukunft stiftet sie neues Unrecht.<<

USA: Jose Ayala Lasso (von 1994-1997 erster Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte) erinnert im Jahre 1995 an den 50. Jahrestag der Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen (x268/98): >>Wenn die Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mehr über die Vertreibung der Deutschen nachgedacht hätten, dann wären die heutigen Katastrophen und Vertreibungen, die vor allem als ethnische Säuberungen bezeichnet werden, vielleicht nicht in diesem Umfang vorgekommen. ...<<

1996

Verkehrte Freundschaft ist Feindschaft.
Sprichwort aus Deutschland

03.01.1996

USA: Das US-Repräsentantenhaus und der US-Senat stimmen am 3. Januar 1996 einer Resolution zu, weitere Informationen über die NS-Kriegsverbrechen zu veröffentlichen (x136/15-16): >>... Während des 104. Kongresses feierten die Amerikaner den 50. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges und das Ende des Holocaust, eine der schlimmsten Tragödien der menschlichen Geschichte,

Es ist wichtig, daß wir alles, soweit möglich, aus dieser schrecklichen Epoche in Erfahrung bringen, um zu verhindern, daß sich eine derartige Katastrophe je wiederholt.

Der kalte Krieg ist zu Ende.

Zahlreiche Nationen, inklusive jene der einstigen Sowjetunion, öffnen ihre Archive betreffend die Nazi-Kriegsverbrechen, wie auch Verbrechen, die durch Behörden ihrer eigenen Staaten begangen worden sind. ...

1996 begehen wir den Jahrestag der Annahme des Freedom of Information Act.

Behörden der amerikanischen Regierung besitzen Informationen über Personen, welche Nazi-Kriegsverbrechen befohlen, angestiftet oder sonstwie unterstützt haben.

Einige dieser Behörden haben bisher routinemäßig den Freedom of Information Act verletzt und es abgelehnt, Informationen über Personen, die Nazi-Kriegsverbrechen begangen haben, herauszugeben. ...

Die Veröffentlichung der meisten Informationen betreffend Nazi-Kriegsverbrechen gefährdet nicht die nationalen Interessen der Vereinigten Staaten. ...

Es ist deshalb der Wille des Kongresses, daß sämtliche Behörden, welche Informationen besitzen über Personen, die verdächtig sind, Nazi-Kriegsverbrechen begangen zu haben, diese der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.<<

08.01.1996

Österreich: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Januar 1996 über die verdrängte NS-Zeit der Österreicher: >>**Für junge Österreicher sind Nazis Deutsche**

Für österreichische Jugendliche gab es Nazis eigentlich nur in Deutschland. Das ist das Ergebnis einer Studie über das Wissen von Schülern über den Judenmord.

Danach glauben die meisten, in Österreich habe es keine Nationalsozialisten gegeben. Die seit 1988 im Lehrplan vorgeschriebene Aufklärung über den Nationalsozialismus wirkte sich offenbar kaum aus. "Wir haben oft gehört, daß die Nazi-Ideologie an sich gar nicht so schlecht war", sagt die Studienautorin Helga Amesberger.

"Unter Nazis verstehen sie zumeist nur deutsche Psychopathen." Österreicher hätten dagegen mit dem NS-Regime nach Ansicht der Befragten wenig zu tun gehabt. ...<<

17.01.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. Januar 1996: >>**Große Rede eines innerlich Verletzten**

Israels Staatspräsident Ezer Weizmann zog im Bundestag die Zuhörer in seinen Bann

... Er sei nicht mehr ein Jude, der in der Welt umherwandern und fliehen müsse, sagte er. Aber jeder Jude müsse sich selbst so verstehen, als sei er bei den weit zurückliegenden Ereignissen und an den Orten des Grauens dabei gewesen. "Jetzt wandere ich durch die Weite der Zeiten, ziehe von Generation zu Generation, laufe auf den Pfaden der Erinnerung." ...

Die 50 Jahre, die seit den Mordtaten der Nationalsozialisten vergangen sind, können nach Weizmanns Verständnis nur eine ganz kurze Zeitspanne sein. ...

In Deutschland hätten die Juden immer gelitten sagte Weizmann, der eine Linie zog von "den

antisemitischen Schriften Martin Luthers bis zu den Nürnberger Gesetzen". ...

Weizmann redete als erster Staatspräsident Israels vor dem Bundestag und dem Bundesrat. Er war der erste Staatschef überhaupt, der nach der Wiedervereinigung dort sprach. ...

... (Bundestagspräsidentin) Rita Süßmuth versprach, das peinliche Thema Rentenzahlungen an deutschstämmige osteuropäische Juden rasch zu lösen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner am 17. Januar 1996: >>**Rentenkasse zahlt für 35.000 Juden**

Die lange umstrittenen Abkommen über Renten für etwa 35.000 deutschstämmige Juden in Israel und USA sollen an diesem Donnerstag im Bundestag ratifiziert werden. ... Zuvor hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mehrheitlich der Vorlage zugestimmt, wonach die Kosten von etwa 2,3 Milliarden Mark für die nächsten 10 bis 15 Jahre aus der Rentenkasse bezahlt werden sollen.

... Bundeskanzler Helmut Kohl hatte die Zahlung von Renten an die vorwiegend aus Lettland und Rumänien stammenden deutschstämmigen oder deutschsprachigen Juden bereits 1989 zugesagt. ...<<

19.01.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 19. Januar 1996: >>**Im Verhältnis zwischen Prag und Bonn knirscht es**

... Bundesaußenminister Klaus Kinkel bezeichnete das deutsch-tschechische Verhältnis als "verheerend festgefahren".

Gegenüber der "Süddeutschen Zeitung" bedauerte er, daß Prag die deutsche Seite für mangelnde Fortschritte bei der geplanten deutsch-tschechischen Erklärung verantwortlich gemacht habe. Der stellvertretende SPD-Fraktionschef Günter Verheugen verlangte unterdessen, Bundeskanzler Helmut Kohl solle sich der Beziehungen "endlich persönlich annehmen".

Die Erklärung soll einen Schlußstrich unter die Verbrechen der Vergangenheit – NS-Greuel auf deutscher und Enteignung sowie Vertreibung der Sudetendeutschen auf tschechischer Seite – ziehen. ...

Der Sprecher der Landsmannschaft, Franz Neubauer, warf Tschechien vor: "Prag fordert alles - den völligen Verzicht auf alle Rechte der Sudetendeutschen und dazu deutsche Entschädigungsleistungen - und ist selbst nichts zu geben bereit, nicht einmal eine moralische Distanzierung von der Vertreibung."

Für eine wirkliche Versöhnung sei offenbar in Prag die Zeit noch nicht reif, hieß es weiter.<<

Belgien: Die tschechische Republik beantragt am 19. Januar 1996 den Beitritt zur Europäischen Union.

23.01.1996

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 23. Januar 1996: >>**Havel: Gemeinsame Erklärung nicht nötig**

Tschechen und Deutsche können nach Ansicht des tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Havel auch ohne gemeinsame Erklärung zur Aussöhnung miteinander leben. ...

Havel betonte aber, Prag werde die "Aussiedlung" von drei Millionen Sudetendeutschen nach Kriegsende nicht ewig verurteilen, wenn von interessierter Seite daraus immer wieder Ansprüche abgeleitet werden.

Der Standpunkt der wichtigsten politischen Kräfte Tschechiens zu der angestrebten gemeinsamen Erklärung sei klar: Die Bundesregierung solle den politischen Willen äußern, rechtliche, Vermögens- und ähnliche Fragen, die mit der Vertreibung der Sudetendeutschen zusammenhängen, nicht aufzuwerfen.<<

24.01.1996

Italien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. Januar 1996: >>**Tschechische Republik beantragt EU-Beitritt**

Der tschechische Ministerpräsident Vaclav Klaus hat in Rom das Beitritts-gesuch seines Landes zur Europäischen Union überreicht und ist im Vatikan mit Papst Johannes Paul II. zusammengetroffen. ...<<

26.01.1996

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Januar 1996 über das schwierige deutsch-tschechische Verhältnis: >>**Die Vertreibung der Sudetendeutschen bleibt belastend**

... Dieser Tage sorgen in Prag beinahe täglich "Brandbriefe" für Aufregung. Pamphlete werden zutage gefördert, die sich gegen die Deutschen im allgemeinen oder gegen den deutschen Chefdirektoren der Tschechischen Philharmonie im besonderen auslegen lassen. ...

Der Seelenkundler Petr Prihoda hielt seinen Landsleuten vor, uneingestandener Nationalismus sei typisch tschechisch: die Betonung liegt auf uneingestanden. ...

Der Streit dreht sich vordergründig vor allem um 2 Punkte: die Vertreibung der Sudetendeutschen und die Behandlung von Vermögensansprüchen.

In Prag besteht die Furcht, daß einzelne oder viele Sudetendeutsche sich schon bei einer nur formalen Anerkennung solcher Vermögensansprüche auf den Weg in die alte Heimat machen und dort – dank ihrer finanziellen Möglichkeiten – wieder Eigentum erwerben könnten. Die Tschechen wollen ein wie immer begründetes Rückkehrrecht verhindern.

Die Bundesregierung hat mehrfach erklärt, daß sie zu einer Wiedergutmachung des Nazi-Unrechtes bereit ist. Bonn verlangt von Prag aber ein klares Wort des Bedauerns und der moralischen Distanzierung von dem Unrecht an Sudetendeutschen, einschließlich einer Rücknahme der Dekrete des vormaligen Staatschefs Eduard Benes.

Die tschechische Regierung beruft sich auf höchstrichterliche Urteile, wenn sie sagt, dies sei nicht möglich. Die damaligen "ethnischen Säuberungen" könnten nicht pauschal als Unrecht bezeichnet werden.

Widersprüchlich sind die Darstellungen beider Seiten in dem Punkt, ob der Begriff "Vertreibung" in den Entwürfen für die Schlußerklärung auftaucht oder ob lediglich von Zwangsaus-siedlungen die Rede ist.

Der Umstand, daß die tschechische Regierung vor Tagen einen Aufnahmeantrag in die Europäische Union (EU) gestellt hat und dafür von Bonn tatkräftige Unterstützung erwartet, macht die Angelegenheit nicht einfacher, sondern eher schwieriger. Zu den hohen Grundsätzen der EU-Mitgliedschaft zählen die Freizügigkeit ebenso wie die Niederlassungsfreiheit für alle EU-Bürger. Die tschechische Regierung wird keine Begründung dafür vortragen können, daß sie Sudetendeutschen diese Rechte weiterhin verweigern will. ...<<

02.02.1996

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Februar 1996: >>**Antisemitismus in Polen**

In keinem anderen christlichen Land gebe es soviel Antisemitismus wie in Polen. Dies hat Ignaz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden, in Warschau erklärt.<<

09.02.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. Februar 1996: >>Simon Wiesenthal, österreichischer Nazi-Jäger, hat nach einem Bericht des ARD-Magazins "Panorama" bei der Fahndung nach Naziverbrechern kaum eine Rolle gespielt.

Wiesenthal hat "in allen großen Nazi-Fällen der Nachkriegsära – Bormann, Barbie, Mengele, Eichmann - versagt", urteilte der Chef der Abteilung NS-Verfolgung im US-Justizministerium, Eli Rosenbaum, in dem TV-Bericht vom Donnerstag. ...

Wiesenthal sei "inkompetent, egomanisch, ein Verbreiter falscher Informationen, eine tragische Figur".<<<

16.02.1996

USA: Ein US-Student berichtet am 16. Februar 1996 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über seine Erfahrungen in einem "Goethe-Institut" (x268/148-149): >>Das erste Wort, das ich gelernt habe, war "Mülldeponie".

Es ist ein alter Witz unter Studenten, im Goethe-Institut sei die Gefahr gering, daß man Goethe liest. Aber leider ist dies kein Witz. Aus den vom Institut konzipierten Büchern und aus deren Materialien zu schließen, gibt es unter den Mitarbeitern des Instituts eine starke Allergie gegen alles, was für sie nach der alten Welt der deutschen Bildung riecht.

In der Bibliothek finden sich zwar die Klassiker in wunderschönen Ausgaben, im Klassenzimmer hingegen müssen die Studenten ihre Aufmerksamkeit ausschließlich auf die Gegenwart richten und sich für Diskussionen über Umweltkrisen, Baumsterben, Rechtsradikalismus und Militarismus rüsten. ...

Nach jener Erfahrung mit dem Goethe-Institut stellte ich mir die naive Frage: Weshalb gleicht das Institut mehr einer Sonntagsschule für deutsche Bürgerpflichten als einem gastfreundlichen, sich den Schönheiten der deutschen Sprache widmenden Kulturzentrum? Warum ist die Atmosphäre in französischen Kulturzentren, die ich gut kenne, so fröhlich, die in den deutschen so grau und öde?

Franzosen sind stolz, Menschen überall in der Welt mit Molière bekannt machen zu können. Warum schämen sich meine deutschen Lehrer Goethes? ...<<

24.02.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. Februar 1996: >>Kein Ruhmesblatt für Justiz

... Bei den deutschen Staatsanwaltschaften und Gerichten liefen 1995 noch gegen 5.570 Personen Verfahren wegen nationalsozialistischer Straftaten.

Bundesminister Edzard Schmidt-Jortzig (FDP) legte am Freitag die erste bundesweite Statistik über die Strafverfolgung von NS-Straftaten seit dem Zweiten Weltkrieg vor. Die hohe Zahl der laufenden Verfahren beweise, daß die Strafverfolgungsbehörden auch heute noch die Aufgabe ernst nehmen, die entsetzlichen Verbrechen der NS-Diktatur zu ahnden, sagte der Minister. ...

Unter den Verurteilungen waren 13 – zumeist von den Alliierten verhängte – Todesstrafen und 166 lebenslange Freiheitsstrafen. Zu Freiheitsstrafen wurden 6.200 Personen verurteilt. Gegen insgesamt 106.178 Beschuldigte wurden Strafverfahren geführt. ...

Schwerste Menschenrechtsverletzungen dürften generell nicht ungesühnt bleiben. Deshalb erteilte Schmidt-Jortzig allen Vorschlägen eine klare Absage, die auf eine formelle oder faktische Amnestie für SED-Straftäter hinauslaufen. ...<<

Februar 1996

BRD: Der CDU-Politiker Christian Wulff (von 2010 bis 2012 deutscher Bundespräsident) schlägt im Februar 1996 im Nachrichtenmagazin "Focus" (6/1996) vor, ausländische Straftäter zum Strafvollzug in ihre Heimatländer zu schicken (x268/196): >>Viele Kriminelle aus den ärmsten Ländern Europas empfinden unseren Vollzug als keineswegs unangenehme Unterbringung mit bester Verpflegung und Verdienstmöglichkeiten. Dabei leben sie teilweise besser als rechtstreue Bürger in ihrem Heimatland. ...

Auch bei einer Kostenerstattung an die Herkunftsländer würden wir angesichts der bei uns anfallenden Kosten von fast 200 Mark pro Hafttag Hunderte von Millionen einsparen.<<

Der tschechische Schriftsteller Petr Pihoda (1939-2014) berichtet im "Forum für Kultur und Politik" (Heft 14) im Februar 1996 über das "sudetendeutsche Thema" (x154/5-6): >>Das 'sudetendeutsche Thema' einschließlich der Vertreibung war in der tschechischen Gesellschaft volle 40 Jahre tabuisiert.

Sicherlich wußte die ältere Generation etwas davon, aber sie schwieg sich darüber aus. Die

jüngere Generation erfuhr von der Vertreibung kaum etwas. Diese Lücke wurde von der folgenden offiziellen Interpretation ausgefüllt: die Sudetendeutschen verbündeten sich mit Hitler und beteiligten sich somit nicht nur an der Zerschlagung der Tschechoslowakischen Republik vor dem Krieg im Jahre 1938, sondern auch an der Okkupation des restlichen Staates im Jahre 1939.

Folglich ging auch der nationalsozialistische Terror der Jahre 1939-1945 auf ihr Konto. Aus diesem Grunde war die Vertreibung nach dem Krieg eine gerechte Strafe und die einzig vernünftige Prävention.

Die 'zweckmäßige Vereinfachung' zog im Prager Frühling des Jahres 1968 der Historiker Milan Hübl, ein Reformkommunist, in Zweifel, aber einer weiteren Diskussion zu diesem Thema machte die sowjetische Okkupation ein Ende. Die offizielle Interpretation war wieder die einzig gültige. Eine Revision dieser Einstellung war danach nur noch in Dissidentenkreisen möglich. Im Jahre 1977 knüpfte Ján Mlynárik, ein temperamentvoller slowakischer Historiker, der in Prag lebte, an diese Diskussion an.

Er schrieb unter dem Pseudonym "Danubius" seine "Thesen zur Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen", erschienen zuerst im Samisdat (= Veröffentlichungen im Untergrund) und danach in den Publikationen des Exils. Es war eine Anklage der tschechischen Rachgier und Grausamkeit. Die damaligen Leser der "Thesen" stellten einen verhältnismäßig kleinen und weitgehend exklusiven Leserkreis dar. Die Publikationen aus dem Exil erreichten uns regelmäßig auf dem Wege, den die Dissidenten vorbereitet hatten. Den Leserkreis von Danubius ließ sich auf einige Tausend Menschen schätzen.

Mlynárik-Danubius formulierte seinen Text absichtlich provokant. Er wollte schockieren. Es entflammte eine leidenschaftliche Polemik, die auch das tschechische politische Exil erreichte. Sie teilte die Dissidenten, aber auch das Exil, in zwei Lager auf: die Befürworter einerseits und die Gegner andererseits. Während dieser Polemik kam die geistige Verwandtschaft des tschechischen Nationalismus im Exil mit dem Nationalismus des tschechischen Kommunismus im Lande (auch wenn es sich um Reformkräfte handelte) zum Vorschein. Damals ahnte noch niemand, daß eine "samtene Revolution" bevorstand, und daß nach ihr diese beiden Richtungen eins werden würden.

Einer der entschiedenen Widersacher der "Thesen" von Danubius war damals auch Milan Hübl, der, wie gesagt, 1968 den ersten Versuch unternahm, die offizielle Version der Vertreibung zu revidieren.

Im Jahre 1979 trat unter dem Namen "Bohemus" eine Gruppe von Dissidenten auf, um Mlynárik zu verteidigen. Es entstand ein gemeinsamer Text mit dem Titel "Stellungnahme zum Transfer der Deutschen aus der Tschechoslowakei". In diesem Text wurde die Vertreibung verurteilt, es wurde auf die Umstände hingewiesen, die die Vertreibung möglich machten, und darauf, welche verhängnisvollen Folgen diese Vertreibung für die ganze tschechische Gesellschaft nach sich zog. Die Reaktion im Lande und auch im Exil war ähnlich wie im Falle Danubius mit dem Unterschied, daß Bohemus mehrere Befürworter fand.

Ich betone jedoch, daß die Polemiken nur in einem beschränkten Rahmen der verhältnismäßig wenigen Dissidenten und Exilgruppen stattfanden. Es ist genügend bekannt, daß es den kommunistischen Machthabern gelang, die tschechischen Dissidenten von der Öffentlichkeit fernzuhalten. Daher blieb die tschechische Öffentlichkeit von diesem Streit unberührt.

Nach der "samtene Revolution", als viele Dissidenten bedeutende Funktionen übernahmen wurde dieser Streit in die Öffentlichkeit getragen (genannt sei vor allem die sogenannte Entschuldigung an die Adresse der Sudetendeutschen von Václav Havel im Dezember 1989). Die unvorbereitete Öffentlichkeit war dadurch überrascht.

Die Parlamentswahlen 1992 brachten der politischen Garnitur aus der Zeit nach November 1989 eine Niederlage und führte bei vielen Dissidenten zum Rückzug aus der Politik. Die

neue politische Elite – aber auch die Gruppe der Journalisten – rekrutiert sich heute aus jüngeren Altersgruppen und aus dem Teil der tschechischen Öffentlichkeit, der von den geschilderten Polemiken und auch von den Problemen, die diese hervorriefen, nicht betroffen war. Hier liegt der Grund für den heutigen Dilettantismus der "Deutschlandpolitik" seitens des tschechischen Staates.<<